

No. 33739

**GERMANY
and
CZECH REPUBLIC**

**Agreement concerning cooperation with regard to the effects
of migration movements (with protocol). Signed at Bonn
on 3 November 1994**

*Authentic texts: German and Czech.
Registered by Germany on 21 April 1997.*

**ALLEMAGNE
et
RÉPUBLIQUE TCHÈQUE**

**Accord de coopération concernant les effets des mouvements
migratoires (avec protocole). Signé à Bonn le 3 novembre
1994**

*Textes authentiques : allemand et tchèque.
Enregistré par l'Allemagne le 21 avril 1997.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT HINSICHTLICH DER AUSWIRKUNGEN VON WANDERUNGS-BEWEGUNGEN

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Tschechischen Republik —

in dem Bestreben, im Geiste des Vertrags vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit konstruktiv zusammenzuwirken,

in der Überzeugung, daß die Einbeziehung der Tschechischen Republik in die Europäische Union, darunter ihre Beteiligung an der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich des Asylrechts, im Interesse beider Staaten und der europäischen Zusammenarbeit liegt,

in dem Bewußtsein ihrer Verpflichtungen aus dem Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge in der Fassung des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und aus der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten,

in dem Bestreben, ein regionales und in Zukunft gesamteuropäisches System von Rückübernahmeverträgen zu schaffen,

in dem Bewußtsein der Auswirkungen der von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union getroffenen Maßnahmen und der Änderung des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland sowie im Hinblick darauf, daß das Abkommen vom 3. November 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze eine vermehrte Rückführung von Personen aus der Bundesrepublik Deutschland in die Tschechische Republik bewirken wird —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vertragsparteien gehen in diesem Abkommen von ihren gegenseitigen Verpflichtungen aus, die sich aus dem Abkommen vom 3. November 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze (Rückübernahmevertrag) ergeben.

Artikel 2

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird sich im Rahmen der Zusammenarbeit an Kosten beteiligen, die der Tschechischen Republik entstehen, durch:

- den Ausbau des technischen Systems der Sicherung der Staatsgrenze der Tschechischen Republik,
- die höheren finanziellen Belastungen der Regierung der Tschechischen Republik im Zusammenhang mit der Rückführung der aus der Bundesrepublik Deutschland übernommenen Ausländer,
- die Erweiterung einer Asylinfrastruktur einschließlich des Bereichs der Flüchtlinge und sonstiger schutzsuchender Ausländer,
- die Schaffung und Modernisierung eines zentralen Systems zur Erfassung von Ausländerdaten,
- die Ausbildung von Angehörigen der Fremden- und Grenzpolizei,
- die Gewinnung und den Austausch von Informationen über die Herkunftsänder der Asylbewerber, der Flüchtlinge und der sonstigen schutzsuchenden Ausländer.

(2) Art und Umfang der Leistungen nach Absatz 1 sowie weitere Einzelheiten des Leistungsprogramms und seine Abwicklung werden durch ein Zusatzprotokoll für drei Jahre von den Innenministern der Vertragsparteien festgelegt.

Artikel 3

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien werden sich gegenseitig über Tendenzen und Ereignisse unterrichten, die zu massiven Zuwanderungsbewegungen auf ihren Hoheitsgebieten führen können.

(2) Wenn außergewöhnliche Ereignisse zu einem massiven, mit üblichen grenzpolizeilichen Mitteln nicht mehr aufhaltbaren Zufluss von Flüchtlingen oder illegalen Zuwanderern in das Ho-

heitsgebiet der Tschechischen Republik führen, wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland einer bestimmten Anzahl dieser Personen die Einreise in ihr Hoheitsgebiet gestatten.

(3) Die Vertragsparteien werden einvernehmlich das Eintreten der Voraussetzungen nach Absatz 2 feststellen sowie die Zahl und das Verfahren der Aufnahme von Personen regeln.

(4) In den in Absatz 2 genannten Fällen können die Vertragsparteien auch andere Formen der Hilfe vereinbaren.

Artikel 4

Der auf der Grundlage des Artikels 9 des Rückübernahmevertrags eingerichtete Expertenausschuß wird auch

- a) die Durchführung dieses Abkommens verfolgen,
- b) Vorschläge zur Lösung der Fragen vorlegen, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen,
- c) Vorschläge zur Änderung und Ergänzung dieses Abkommens ausarbeiten,
- d) Berichte über die Verwendung der finanziellen Mittel prüfen, die nach diesem Abkommen gewährt werden.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach seiner Unterzeichnung in Kraft.

Artikel 6

(1) Dieses Abkommen wird mit Ausnahme des Artikels 2 auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Geltungsdauer des Artikels 2 endet mit der Erfüllung der in ihm geregelten Verpflichtungen.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen nach Unterrichtung der anderen Vertragspartei aus wichtigem Grund, insbesondere aus Gründen des Schutzes der Sicherheit des Staates, der öffentlichen Ordnung oder der Gesundheit der Bürger, durch Notifikation suspendieren. Über die Aufhebung einer solchen Maßnahme informieren sich die Vertragsparteien unverzüglich auf diplomatischem Wege.

(3) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen nach Unterrichtung der anderen Vertragspartei aus wichtigem Grund, insbeson-

dere aus den in Absatz 2 genannten Gründen, durch Notifikation kündigen.

(4) Die Suspendierung oder Kündigung dieses Abkommens wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf den Monat folgt, in dem die Notifikation bei der anderen Vertragspartei eingegangen ist.

Geschehen zu Bonn am 3. November 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

KASTRUP

KANTHER

Für die Regierung
der Tschechischen Republik:

JAN RUML

PROTOKOLL ZUM ABKOMMEN VOM 3. NOVEMBER 1994 ZWISCHEN
DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND
DER REGIERUNG DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE
ZUSAMMENARBEIT HINSICHTLICH DER AUSWIRKUNGEN VON
WANDERUNGSBEWEGUNGEN

Das Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Ministerium des Innern der Tschechischen Republik

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Auf der Grundlage von Artikel 2 des Abkommens vom 3. November 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Auswirkungen von Wanderungsbewegungen, im folgenden Abkommen genannt, gewährt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Tschechischen Republik eine Finanzhilfe in Höhe von 60 Mio DM (in Worten: sechzig Millionen DM) für die Jahre 1995, 1996 und 1997.

Artikel 2

(1) Die in Artikel 1 genannte Finanzhilfe wird in folgender Weise gewährt:

a) Die erste Rate in Höhe von 20 Mio DM (in Worten: zwanzig Millionen DM) wird nach dem Inkrafttreten des Abkommens überwiesen, und zwar bis zum 20. Januar 1995.

b) Die folgenden Raten werden wie folgt überwiesen:

Bis zum 20. Januar 1996	20 Mio DM
(in Worten: zwanzig Millionen DM),	

bis zum 20. Januar 1997	20 Mio DM
(in Worten: zwanzig Millionen DM).	

Die Überweisung der zweiten und dritten Rate steht unter dem Vorbehalt des jeweiligen Nachweises, daß die vorherige Rate ausschließlich für die in Artikel 2 des Abkommens genannten Ziele verwendet wurde. Die bis zum 20. Januar 1997 vorgesehene dritte Rate steht unter dem weiteren Vorbehalt, daß auf Grund der tatsächlichen Situation der illegalen Zuwanderung das Erfordernis der Gewährung der Finanzhilfe weiterhin fortbesteht. Hierzu wird der auf der Grundlage des Artikels 9

des Rückübernahmeabkommens eingerichtete Expertenausschuß den Vertragsparteien einen Vorschlag unterbreiten.

(2) Die in Absatz 1 genannten Raten werden auf ein Sonderkonto des Ministeriums des Innern der Tschechischen Republik überwiesen.

Artikel 3

Die in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens aufgeführten einzelnen Bereiche umfassen insbesondere

- a) auf dem Gebiet der Erweiterung des technischen Systems der Sicherung der Staatsgrenze der Tschechischen Republik
 - den Bau neuer und den Ausbau vorhandener Objekte zum Schutz der Staatsgrenze,
 - den Ausbau eines Datenübertragungssystems,
 - die Einführung von Beobachtungs-, Signal- und Monitor-einrichtungen,
 - die Ausstattung mit Mitteln für den Transport, die Kommunikation und Datenverarbeitung sowie mit der notwendigen Bürotechnik,
 - die Ausstattung mit technischen Mitteln für die Verbesserung der Kontrolle der Reisedokumente und der Personenidentifizierung;
- b) im Bereich der Erweiterung einer Asylinfrastruktur einschließlich des Bereichs der Flüchtlinge und sonstiger schutzbuchender Ausländer
 - die Organisation und Finanzierung von Maßnahmen der polizeilichen Durchbeförderung, der Rücküberstellung sowie der Rückführung von aus der Bundesrepublik Deutschland übernommenen Ausländern in ihre Herkunfts- und Heimatstaaten sowie den Ausbau von Einrich-tungen für deren Aufnahme,
 - die Ausstattung mit Mitteln für Transport, Kommunikation und Datenverarbeitung sowie mit der notwendigen Büro-technik.

Artikel 4

Das Ministerium des Innern der Tschechischen Republik ver-pflichtet sich, die Hälfte der für Sachausgaben vorgesehenen

Mittel aus der von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gewährten Finanzhilfe für die Beschaffung von Erzeugnissen aus deutscher Produktion zu verwenden. Sind darüber hinaus Produkte nach Qualität und Preis vergleichbar, wird Erzeugnissen aus deutscher Produktion der Vorzug eingeräumt.

Artikel 5

Die Finanzhilfe wird für die in Artikel 2 des Abkommens genannten Bereiche unter Berücksichtigung der tatsächlichen Bedürfnisse in einem angemessenen Verhältnis verwendet.

Artikel 6

Das Ministerium des Innern der Tschechischen Republik unterrichtet den Expertenausschuß nach Artikel 4 des Abkommens über die Verwendung der nach Artikel 1 gewährten Finanzhilfe, und zwar jeweils über die einzelnen Raten vor Fälligkeit der nachfolgenden.

Artikel 7

Dieses Protokoll tritt gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft. Seine Gültigkeit endet mit der Erfüllung der in ihm geregelten Verpflichtungen.

Geschehen zu Bonn am 3. November 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland:

KANTHER

Für das Ministerium des Innern
der Tschechischen Republik:

JAN RUML

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

DOHODA MEZI VLÁDOU SPOLKOVÉ REPUBLIKY NĚMECKO A
VLÁDOU ČESKÉ REPUBLIKY O SPOLUPRÁCI V OBLASTI
NÁSLEDKŮ VYPLÝVAJÍCÍCH Z MIGRAČNÍCH POHYBŮ

Vláda Spolkové republiky Německo

a

vláda České republiky

(dále jen "smluvní strany")

- ve snaze konstruktivního spolupůsobení v duchu Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou o dobrém sousedství a přátelské spolupráci ze dne 27.února 1992,
- v přesvědčení, že začlenění České republiky do Evropské Unie, včetně její účasti na spolupráci členských států v oblasti azylového práva, je v zájmu obou států a evropské spolupráce,
- vědomy si svých závazků z Úmluvy o právním postavení uprchlíků ze dne 28.července 1951 ve znění Protokolu týkajícího se právního postavení uprchlíků ze dne 31.ledna 1967 a z Úmluvy o ochraně lidských práv a základních svobod ze dne 4.listopadu 1950,
- ve snaze o vytvoření regionálního a v budoucnu celoevropského systému readmisních dohod,
- vědomy si následků vyplývajících z opatření učiněných členskými státy Evropské unie a změny azylového práva ve Spolkové republice Německo a dále toho, že Dohoda mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České republiky o zpětném přebírání osob na společných státních hranicích ze

dne 3. listopadu 1994 způsobi zvýšení počtu navracených osob ze Spolkové republiky Německo do České republiky

se dohodly takto :

Článek 1

V této dohodě smluvní strany vycházejí ze svých vzájemných závazků vyplývajících z Dohody mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České republiky o zpětném přebírání osob na společných státních hranicích ze dne 3. listopadu 1994 (dále jen "readmisní dohoda").

Článek 2

(1) Vláda Spolkové republiky Německo se bude v rámci spolupráce podílet na nákladech, které České republike vzniknou při :

- rozšiřování technického systému zabezpečení státních hranic České republiky,
- zvýšeném finančním zatížení vlády České republiky spojeném s odesíláním cizinců převzatých ze Spolkové republiky Německo,
- rozšiřování azylové infrastruktury včetně oblasti uprchlíků a ostatních cizinců hledajících ochranu,
- vytváření a modernizaci centrálního systému evidence údajů o cizincích,
- vzdělávání příslušníků cizinecké a pohraniční policie,

- získávání a výměně informací o zemích původu žadatelů o azyl, uprchlíků a jiných cizinců hledajících ochranu.

(2) Druh a rozsah pomoci uvedené v odstavci 1, jakož i další podrobnosti o programu této pomoci a jeho realizaci stanovi na tříleté období ministerstva vnitra smluvních stran v samostatném ujednání.

Článek 3

(1) Příslušné orgány smluvních stran se budou vzájemně informovat o tendencích a událostech, které mohou vést k hromadným imigračním pohybům na výsostných územích jejich států.

(2) Povedou-li mimořádné události k hromadnému přílivu uprchlíků nebo ilegálních přistěhovalců na výsostné území České republiky, který již nebude možno zastavit běžnými prostředky pohraniční policie, povolí vládu Spolkové republiky Německo vstup určitému počtu těchto osob na výsostné území svého státu.

(3) Smluvní strany po vzájemné dohodě stanoví, že byly splněny předpoklady uvedené v odstavci 2, a upraví počet a postup při přijímání těchto osob.

(4) V případech uvedených v odstavci 2 mohou smluvní strany dohodnout i jiné formy pomoci.

Článek 4

Výbor expertů vytvořený na základě článku 9 readmisiň dohody bude rovněž

a) sledovat provádění této dohody,

- b) předkládat návrhy na řešení otázek souvisejících s prováděním této dohody,
- c) zpracovávat návrhy změn a doplňků k této dohodě,
- d) prověřovat zprávy o využití finančních prostředků poskytovaných podle této dohody.

Článek 5

Tato dohoda vstoupí v platnost prvého dne druhého měsíce po jejím podpisu.

Článek 6

(1) Tato dohoda se s výjimkou článku 2 uzavírá na dobu neurčitou. Platnost článku 2 zanikne splněním v něm uvedených závazků.

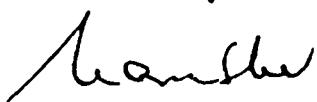
(2) Každá smluvní strana může po vyrozumění druhé smluvní strany notifikovat pozastavení provádění této dohody, jestliže to vyžadují závažné důvody, zejména ochrana bezpečnosti státu, veřejného pořádku nebo zdraví občanů. O zrušení takového opatření se smluvní strany neprodleně informují diplomatickou cestou.

(3) Každá smluvní strana může tuto dohodu po vyrozumění druhé smluvní strany diplomatickou nótou vypovědět ze závažných důvodů, zejména z důvodů uvedených v odstavci 2.

(4) Pozastavení provádění této dohody nebo její výpověď nabývá účinnosti prvního dne měsíce následujícího po měsíci, v němž byla nóta doručena druhé smluvní straně.

Dáno v Bonnu dne 3. listopadu 1994 ve dvou původních vyhotovených, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za vládu
Spolkové republiky Německo:

Za vládu
České republiky:



UJEDNÁNÍ K DOHODĚ MEZI VLÁDOU SPOLKOVÉ REPUBLIKY
NĚMECKO A VLÁDOU ČESKÉ REPUBLIKY O SPOLUPRÁCI V
OBLASTI NÁSLEDKŮ VYPLÝVAJÍCÍCH Z MIGRAČNÍCH POHYBŮ
ZE DNE 3. LISTOPADU 1994

Spolkové ministerstvo vnitra Spolkové republiky Německo

a

Ministerstvo vnitra České republiky

se dohodly takto :

Článek 1

Na základě článku 2 Dohody mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České republiky o spolupráci v oblasti následků vyplývajících z migračních pohybů ze dne 3. listopadu 1994 (dále jen "Dohoda") poskytne vláda Spolkové republiky Německo vládě České republiky finanční pomoc v letech 1995, 1996 a 1997 ve výši 60 mil. DM (slovy: šedesát milionů DM).

Článek 2

(1) Finanční pomoc uvedená v článku 1 bude poskytnuta následujícím způsobem :

a) První splátka ve výši 20 mil. DM (slovy: dvacet milionů DM) bude poukázána poté, jakmile Dohoda vstoupí v platnost, a to do 20. ledna 1995.

b) Následující splátky budou poukázány takto:

do 20. ledna 1996	-	20 mil. DM
(slovy: dvacet milionů DM),		

do 20. ledna 1997 - 20 mil. DM
(slovy: dvacet milionů DM).

Poukázání druhé a třetí splátky je vázáno výhradou, že bude vždy prokázáno využití předcházející splátky výlučně k účelům uvedeným v článku 2 Dohody. Třetí splátka, se kterou se počítá k 20. lednu 1997, je vázána další výhradou, že bude na základě skutečné situace v oblasti ilegální imigrace finanční pomoci i nadále zapotřebí. Návrh v této věci předloží smluvním stranám výbor expertů zřízený na základě článku 9 readmisní dohody.

(2) Splátky uvedené v odstavci 1 budou poukázány na zvláštní účet Ministerstva vnitra České republiky.

Článek 3

Jednotlivé oblasti uvedené v článku 2 odst. 1 Dohody zahrnují zejména

- a) v oblasti rozšiřování technického systému zabezpečení státních hranic České republiky
 - výstavbu nových a zdokonalení stávajících objektů ochrany státních hranic,
 - další výstavbu systému přenosu dat,
 - zavádění pozorovacích, signálních a monitorovacích zařízení,
 - vybavení prostředky pro dopravu, spojení a zpracování dat, jakož i potřebnou kancelářskou technikou,

- vybavení technickými prostředky pro zkvalitnění kontroly cestovních dokladů a identifikaci osob;
- b) v oblasti rozšiřování azylové infrastruktury včetně oblasti uprchlíků a jiných cizinců hledajících ochranu
- organizaci a financování opatření zaměřených na policejní průvozy, předávání cizinců převzatých ze Spolkové republiky Německo sousedním státům nebo jejich vrácení do domovských států nebo zemí původu, včetně výstavby zařízení pro jejich příjem,
 - vybavení prostředky pro dopravu, spojení a zpracování dat, jakož i potřebnou kancelářskou technikou.

Článek 4

Ministerstvo vnitra České republiky se zavazuje použít polovinu prostředků určených na věcné výdaje z finanční pomoci poskytnuté vládou Spolkové republiky Německo na zakoupení výrobků německého původu. U ostatních výrobků bude dána přednost výrobkům německého původu v případě, že budou z hlediska kvality a ceny srovnatelné.

Článek 5

Finanční pomoc pro oblasti uvedené v článku 2 Dohody se použije v přiměřeném poměru s přihlédnutím ke skutečným potřebám.

Článek 6

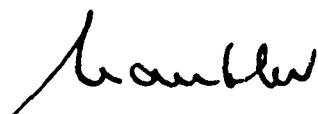
Ministerstvo vnitra České republiky bude podle článku 4 Dohody informovat výbor expertů o použití finanční pomoci poskytnuté podle článku 1, a to o každé jednotlivé splátce před splatností splátky následující.

Článek 7

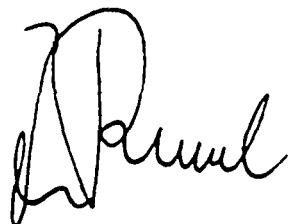
Toto ujednání vstupuje v platnost současně s Dohodou. Jeho platnost zanikne splněním závazků v něm upravených.

Dáno v Bonnu dne 3. listopadu 1994 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Spolkové ministerstvo vnitra
Spolkové republiky Německo:



Za Ministerstvo vnitra
České republiky:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE CZECH REPUBLIC CONCERNING COOPERATION WITH REGARD TO THE EFFECTS OF MIGRATION MOVEMENTS

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic,

Desiring, in the spirit of the Agreement of 27 February 1992² between the Federal Republic of Germany and the Czech and Slovak Federative Republic concerning good neighbourliness and friendly cooperation, to work together constructively,

Convinced that the inclusion of the Czech Republic in the European Union and its participation in the cooperation of member States in the field of asylum law is in the interest of the two States and of European cooperation,

Aware of their obligations under the Agreement of 28 July 1981 on the Legal Status of Refugees³ in the 31 January 1967 version of the Protocol on the Legal Status of Refugees⁴ and under the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms of 4 November 1950.⁵

Desiring to create a regional system for taking persons back for future application throughout Europe,

Aware of the effects of the measures taken by the member States of the European Union and of the amendment of the Asylum Law of the Federal Republic of Germany, and mindful that the Agreement of 3 November 1994⁶ between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic on taking persons back at the common frontier will lead to an increase in the number of persons taken back into the Czech Republic from the Federal Republic of Germany,

Have agreed as follows:

Article I

The Contracting Parties acknowledge in this Agreement their mutual obligations arising out of the Agreement of 3 November 1994 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic on accepting persons at the common frontier (Agreement on the Taking Back of Persons).

¹ Came into force on 1 January 1995, i.e., the first day of the second month following the date of signature, in accordance with article 5.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 1900, No. I-32374.

³ *Ibid.*, vol. 189, p. 137.

⁴ *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

⁵ *Ibid.*, vol. 213, p. 221.

⁶ *Ibid.*, vol. 1983, No. 33925.

Article 2

(1) Under the cooperation arrangement, the Government of the Federal Republic of Germany will help cover the costs incurred by the Czech Republic as a result of:

- Extension of the technical frontier security system of the Czech Republic,
- Higher financial outlays of the Government of the Czech Republic related to the return of aliens taken over from the Federal Republic of Germany,
- Expansion of the infrastructure for asylum-seekers, including areas for refugees and other aliens seeking protection,
- Creation and modernization of a central system for gathering information on aliens,
- Training of members of the frontier police and police departments dealing with aliens,
- Obtaining and exchanging information regarding the country of origin of asylum-seekers, refugees, and other aliens seeking protection.

(2) The nature and scope of services under paragraph 1 and further details regarding the service programme and its execution shall be established by the Ministries of the Interior of the Contracting Parties in an additional three-year protocol.

Article 3

(1) The competent authorities of the Contracting Parties shall notify each other regarding trends and events that could lead to massive migratory movements on their territories.

(2) If unusual circumstances lead to a massive flow of refugees or illegal immigrants into the Czech Republic that cannot be contained through usual frontier police methods, the Government of the Federal Republic of Germany will allow a certain number of these persons to enter its territory.

(3) The Contracting Parties shall jointly ascertain the existence of the preconditions mentioned in paragraph 2 and agree on the number of persons to be accepted and the corresponding procedures.

(4) In the cases referred to in paragraph 2 the Contracting Parties may also agree on other types of assistance.

Article 4

The committee of experts established pursuant to Article 9 of the Agreement on the Taking Back of Persons shall also

- (a) Monitor implementation of this Agreement,
- (b) Propose solutions for issues arising in relation to implementation of this Agreement,
- (c) Prepare suggestions regarding amendments and extensions to this Agreement,
- (d) Examine reports on the use of the funds provided under this Agreement.

Article 5

This Agreement shall enter into force on the first day of the second month after its signature.

Article 6

(1) This Agreement, with the exception of Article 2, is concluded for an indefinite period. Article 2 shall remain in force until the obligations it stipulates have been fulfilled.

(2) Each Contracting Party may suspend this Agreement by notification, after informing the other Contracting Party of important grounds for this action, especially for reasons of security, public policy or public health. The Contracting Parties shall notify each other immediately through the diplomatic channel when such a measure is lifted.

(3) Each of the Contracting Parties may terminate this Agreement by notification after informing the other Contracting Party of important grounds, especially those referred to in paragraph 2.

(4) The suspension or termination of this Agreement shall enter into force on the first day of the month following the month in which the other Contracting Party received the notification.

DONE at Bonn, on 3 November 1994 in two original copies, in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

KASTRUP
KANTHER

For the Government
of the Czech Republic:

JAN RUML

PROTOCOL TO THE AGREEMENT OF 3 NOVEMBER 1994 BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE CZECH REPUBLIC CONCERNING CO-OPERATION WITH REGARD TO THE EFFECTS OF MIGRATION MOVEMENTS

The Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany and the Ministry of the Interior of the Czech Republic,

Have agreed as follows:

Article 1

On the basis of the provisions of article 2 of the Agreement of 3 November 1994 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic concerning cooperation with regard to the effects of migration movements, hereinafter called the Agreement, the Government of the Federal Republic of Germany shall grant to the Government of the Czech Republic financial assistance in the amount of 60,000,000 (sixty million) deutsche mark for the years 1995, 1996 and 1997.

Article 2

(1) The financial assistance referred to in article 1 of this Protocol shall be granted as follows:

(a) The first instalment of 20,000,000 (twenty million) deutsche mark shall be remitted after the entry into force of the Agreement, and by 20 January 1995 at the latest;

(b) Subsequent instalments shall be remitted according to the following schedule:

By 20 January 1996, DM 20,000,000 (twenty million deutsche mark)

By 20 January 1997, DM 20,000,000 (twenty million deutsche mark).

The second and third instalments shall not be remitted until evidence has been provided in each case that the preceding instalment has been used solely for the purposes specified in article 2 of the Agreement. Moreover, for the third instalment, scheduled to be remitted by 20 January 1997, the real situation of illegal immigration must continue to justify the need for financial assistance. The committee of experts established pursuant to article 9 of the Agreement concerning the readmission of persons shall also submit a proposal to this effect to the Contracting Parties.

(2) The instalments referred to in paragraph 1 of this article shall be remitted from a special account of the Ministry of the Interior of the Czech Republic.

Article 3

The different areas listed in article 2, paragraph 1, of the Agreement shall include, in particular, the following elements:

(a) With regard to the extension of the technical frontier security system of the Czech Republic:

- Construction of new buildings and the enlargement of existing buildings to protect State frontiers;
- Establishment of an electronic data transmission system;

- Installation of observation, signalling and monitoring systems;
 - Supplying of funds for transport, communications and data processing together with the necessary office automation equipment;
 - Supplying of technical resources to improve control of travel visas and identity documents;
- (b) With regard to the expansion of the asylum infrastructure, including in the sphere of refugees and other foreigners seeking protection:
- Organization and financing of measures to allow for police accompaniment, *refoulement* and escort back to their home country or to the country of origin of foreigners sent back by the Federal Republic of Germany, and expansion of reception facilities;
 - Supplying of funds for transport, communications and data processing, together with the necessary office automation equipment.

Article 4

The Ministry of the Interior of the Czech Republic undertakes to spend half of the funds earmarked for equipment expenditures from the financial assistance granted by the Federal Republic of Germany on the procurement of German products. Assuming equality of price and quality, preference shall be given to German products.

Article 5

Financial assistance shall be used in the areas referred to in article 2 of this Agreement to an appropriate extent, taking into account actual needs.

Article 6

The Ministry of the Interior of the Czech Republic shall keep the committee of experts referred to in article 4 of this Agreement informed about the use of each instalment of the financial assistance granted under article 1 prior to the remittal of the next instalment.

Article 7

This Protocol shall enter into force on the same date as the Agreement on cooperation. It shall be terminated as soon as the commitments set forth therein have been fulfilled.

DONE at Bonn on 3 November 1994 in two originals in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Ministry of the Interior
of the Federal Republic of Germany:

KANTHER

For the Ministry of the Interior
of the Czech Republic:

JAN RUML

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD DE COOPÉRATION¹ CONCERNANT LES EFFETS DES MOUVEMENTS MIGRATOIRES ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE TCHÈQUE

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque,

Cherchant à coopérer de manière constructive dans l'esprit de l'Accord de bon voisinage et de coopération amicale du 27 février 1992² entre la République fédérale d'Allemagne et la République fédérative tchèque et slovaque,

Convaincus que le rattachement de la République tchèque à l'Union européenne et, à ce titre, sa participation à la coopération des Etats membres dans le domaine du droit d'asile, sont dans l'intérêt des deux Etats et de la coopération européenne,

Conscients des engagements que leur imposeront l'Accord du 28 juillet 1951 relatif au statut des réfugiés³ dans la version du Protocole du 31 janvier 1967 sur le statut des réfugiés⁴ et la Convention du 4 novembre 1950 pour la protection des droits de l'homme et des libertés fondamentales⁵,

S'efforçant de constituer un système régional et à l'avenir européen d'accords de réadmission,

Conscients des effets des mesures prises par les Etats membres de l'Union européenne et de l'évolution du droit d'asile en République fédérale d'Allemagne et considérant aussi que l'Accord du 3 novembre 1994⁶ entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque relatif à la réadmission de personnes à la frontière commune fera qu'un plus grand nombre de personnes en provenance de la République fédérale d'Allemagne seront reconduites en République tchèque,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Les Parties contractantes partent dans le présent Accord des obligations réciproques qui découlent pour elles de l'Accord du 3 novembre 1994 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque concernant la réadmission de personnes à la frontière commune (Accord de réadmission).

¹ Entré en vigueur le 1^{er} janvier 1995, soit le premier jour du deuxième mois ayant suivi la date de la signature, conformément à l'article 5.

² Nations Unies, *Recueil des Traité*s, vol. 1900, n° 32374.

³ *Ibid.*, vol. 189, p. 137.

⁴ *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

⁵ *Ibid.*, vol. 213, p. 221.

⁶ *Ibid.*, vol. 1983, No. 33925.

Article 2

- 1) Dans le cadre de la coopération, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne prendra à sa charge une partie des coûts qu'entraîneront pour la République tchèque :
 - Le développement du système technique de protection de la frontière d'Etat de la République tchèque;
 - L'alourdissement des dépenses que devra supporter le Gouvernement de la République tchèque en raison de la réadmission d'étrangers reconduits depuis la République fédérale d'Allemagne;
 - L'agrandissement d'une infrastructure d'asile, y compris de la partie destinée aux réfugiés et autres étrangers à la recherche de protection;
 - La constitution et la modernisation d'un système central de saisie de données concernant les étrangers;
 - La formation d'agents de la police des étrangers et de la police des frontières;
 - L'obtention et l'échange d'informations sur les pays d'origine des demandeurs d'asile, des réfugiés et des autres étrangers à la recherche de protection.

2) La nature et l'ampleur des participations visées au paragraphe 1 du présent article ainsi que d'autres détails du programme de participation et sa mise en œuvre seront définis par les Ministères de l'intérieur des Parties contractantes dans un Protocole additionnel pour une période de trois ans.

Article 3

- 1) Les autorités des Parties contractantes se tiendront mutuellement informées des tendances et des faits nouveaux de nature à provoquer des mouvements migratoires massifs sur leurs territoires.
- 2) En cas d'événements exceptionnels provoquant, sur le territoire de la République tchèque, un afflux massif de réfugiés ou d'immigrants clandestins qu'il n'est pas possible de contenir par les moyens habituels de la police des frontières, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne autorisera un certain nombre de ces personnes à pénétrer sur son territoire.
- 3) Les Parties contractantes s'entendront pour déterminer l'existence des conditions visées au paragraphe 2 du présent article ainsi que le nombre des personnes à admettre sur leur territoire et les modalités de cette admission.
- 4) Dans les cas visés au paragraphe 2 du présent article, les Parties contractantes pourront aussi convenir d'autres formes d'aide.

Article 4

La Commission d'experts qui sera formée en vertu des dispositions de l'article 9 de l'Accord de réadmission devra aussi :

- a) Surveiller l'exécution du présent Accord;
- b) Faire des propositions pour résoudre les questions liées à l'exécution du présent Accord;
- c) Etudier des propositions pour modifier et compléter le présent Accord;

d) Examiner les rapports d'utilisation des moyens financiers accordés en application du présent Accord.

Article 5

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra sa signature.

Article 6

1) A l'exception de son article 2, le présent Accord sera conclu pour une durée indéterminée. La période de validité de l'article 2 s'éteindra avec l'exécution des engagements qu'il prévoit.

2) Chaque Partie contractante peut suspendre l'application du présent Accord après en avoir averti l'autre Partie par notification, pour motif grave, en particulier pour des raisons de sûreté de l'Etat ou de santé ou d'ordre public. Les Parties contractantes s'informent de la levée de cette suspension sans retard, par la voie diplomatique.

3) Après en avoir averti l'autre Partie par notification, chaque Partie contractante peut suspendre l'application du présent Accord pour motif grave, en particulier ceux qui sont énumérés au paragraphe 2 du présent Accord.

4) La suspension ou la dénonciation du présent Accord prend effet le premier jour du mois qui suit celui de la réception de la notification par l'autre Partie.

FAIT à Bonn, le 3 novembre 1994, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

KASTRUP

KANTHER

Pour le Gouvernement
de la République tchèque :

JAN RUML

**PROTOCOLE À L'ACCORD DU 3 NOVEMBRE 1994 CONCERNANT LES
EFFETS DES MOUVEMENTS MIGRATOIRES ENTRE LE GOUVER-
NEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMANGE ET LE
GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE TCHÈQUE**

Le Ministère fédéral de l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de l'intérieur de la République tchèque,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Sur la base des dispositions de l'article 2 de l'Accord du 3 novembre 1994 concernant les effets des mouvements migratoires entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque, ci-après dénommé «l'Accord», le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne accorde au Gouvernement de la République tchèque une assistance financière à hauteur de 60 000 000 (soixante millions) de deutsche mark pour les années 1995, 1996 et 1997.

Article 2

1) L'assistance financière à l'article premier du présent Protocole sera accordée comme suit :

a) Un premier versement de 20 000 000 (vingt millions) de deutsche mark sera viré après l'entrée en vigueur et au plus tard le 20 janvier 1995;

b) Les versements suivants seront versés selon les modalités ci-après :

Au plus tard le 20 janvier 1996, 20 000 000 DM (vingt millions de deutsche mark)

Au plus tard le 20 janvier 1997, 20 000 000 DM (vingt millions de deutsche mark).

Les deuxième et troisième versements ne seront faits qu'une fois apportée la preuve dans chaque cas que le versement précédent a été employé exclusivement aux fins précisées à l'article 2 de l'Accord. Il faudra en outre, pour le troisième versement prévu pour le 20 janvier 1997 au plus tard, que l'état réel de l'immigration clandestine continue de nécessiter l'octroi de l'assistance financière. La Commission d'experts qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 9 de l'Accord de réadmission fera en outre une proposition à ce sujet aux Parties contractantes.

2) Les versements visés au paragraphe 1 du présent article seront versés sur un compte spécial du Ministère tchèque de l'intérieur.

Article 3

Les différents domaines énumérés au paragraphe 1 de l'article 2 de l'Accord de réadmission incluent en particulier les éléments suivants :

a) En ce qui concerne le développement du système technique de protection des frontières d'Etat de la République tchèque :

- La construction de bâtiments nouveaux et l'agrandissement de ceux qui existent déjà pour protéger les frontières étatiques;
- La constitution d'un système de transmission informatisée des données;
- L'installation de systèmes d'observation, de signalisation et de surveillance;

- La dotation en moyens de transport, de communication et de traitement de données ainsi qu'en éléments de bureautique nécessaires;
- La dotation en moyens techniques servant à améliorer le contrôle des documents de voyage et des pièces d'identité;

b) En ce qui concerne l agrandissement d'une infrastructure d'asile, y compris de la pièce destinée aux réfugiés et autres étrangers à la recherche de protection :

L'organisation et le financement de mesures pour l'accompagnement par la police, le refoulement et la reconduite dans leur pays et dans celui d'où ils viennent des étrangers remis par la République fédérale d'Allemagne et l'agrandissement des installations destinées à les accueillir;

La dotation en moyens de transport, de communication et de traitement de données ainsi que dans les éléments de bureautique nécessaires.

Article 4

Le Ministère de l'intérieur de la République tchèque s'engage à affecter à l'acquisition de produits allemands la moitié des moyens financiers prévus pour les dépenses de matériel qui proviendront de l'assistance financière accordée par la République fédérale d'Allemagne. En outre, à égalité de prix et de qualité, il donnera la préférence aux produits allemands.

Article 5

L'assistance financière sera employée au profit des domaines visés à l'article 2 de l'Accord de coopération dans une mesure appropriée compte tenu des besoins réels.

Article 6

Le Ministère de l'intérieur de la République tchèque tiendra le comité d'experts visé à l'article 4 de l'Accord de coopération informé de l'emploi de l'assistance financière accordée, en application des dispositions de l'article premier, en ce qui concerne chaque versement avant le paiement du versement suivant.

Article 7

Le présent Protocole entrera en vigueur en même temps que l'Accord de coopération. Il cessera de s'appliquer dès que les engagements qui y sont définis auront été remplis.

FAIT à Bonn, le 3 novembre 1994, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Ministère fédéral de l'intérieur
de la République fédérale d'Allemagne :

KANTHER

Pour le Ministère de l'intérieur
de la République tchèque :

JAN RUML

